Aufstand gegen den Diktator

Einmal an der Macht, immer an der Macht – so hätte es Joseph Kabila gern. Der Präsident der Demokratischen Republik Kongo will auch nach zwei Amtszeiten, die ihm die Verfassung zugesteht, nicht abtreten. Die längst fälligen Wahlen zögert sein Regime mit Tricks hinaus; friedliche Proteste werden wie diese Woche in der Hauptstadt Kinshasa brutal niedergeschlagen.

Analyse

Schuld und Sühne

Warum der Mord an Russlands Botschafter in der Türkei Putin stärkt

Vor einem gefährlichen Bruch warnten Beobachter weltweit, doch jetzt kommt es ganz anders: Nachdem ein türkischer Polizist am Montagabend in Ankara den russischen Botschafter Andrej Karlow erschossen hatte, fielen Russlands Präsident Wladimir Putin und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdoğan nicht übereinander her, sondern demonstrierten Geschlossenheit. Am Dienstag trafen 18 russische Ermittler in Ankara ein, um ihre Kollegen dort zu unterstützen. Die türkische Regierung kündigte an, die Straße vor der Botschaft nach Karlow zu benennen. Grund der Anbiederung: Erdoğan ist mit den USA zerstritten und mit den Europäern. Er kann es sich nicht leisten, die Annäherung an Moskau aufs Spiel zu setzen. Putins Wohlwollen aber ist nicht ohne Gegenleistungen zu haben – schon gar nicht nach dem Mord an Karlow.

Die Türkei hatte bereits zuvor ihre Syrienpolitik revidiert. Erdoğan hat sein Ziel, Diktator Baschar al-Assad zu stürzen, längst aufgegeben. Ankara blieb nicht viel mehr übrig, als mit Putin, Assads wichtigstem Unterstützer, einen gesichtswahrenden Abzug der Rebellen aus Aleppo zu verhandeln.

Nun muss die Türkei ihre Unterstützung für die syrische Opposition weiter zurückfahren. Nach einem Treffen der Regierungen Russlands, Irans und der Türkei am Dienstag in Moskau kündigte der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu an, die islamistische ehemalige Nusra-Front, einst unterstützt von der Türkei, werde nicht in eine Waffenruhe in Syrien mit einbezogen. Auch zum Westen könnte Erdoğan weiter auf Abstand gehen. Ein russischer Senator legte nahe, dass die Nato den Mord an Botschafter Karlow in Auftrag gegeben habe, um die russisch-türkischen Beziehungen zu schwächen. Die regierungsnahe türkische Zeitung „Yeni şafak“ unterstellte der CIA prompt Mittäterschaft.

Maximilian Popp

GUILLAUME BINET / MYOP

USA

Träumer in Angst

Rund 740 000 junge Migranten fürchten sich besonders vor dem Machtwechsel im Weißen Haus. Es sind Menschen, die als Minderjährige illegal eingewandert sind und an einem von Präsident Barack Obama 2012 eingerichteten Regierungsprogramm namens DACA teilnehmen. Das Projekt „Deferred Action for Childhood Arrivals“ sichert ihnen bislang einen halblegalen Status. Die Teilnehmer, die sich „Dreamer“ – „Träumer“ – nennen, dürfen legal in den USA arbeiten und sind zunächst für eine Dauer von zwei Jahren vor Abschiebung geschützt. Der designierte Präsident Donald Trump hat während seiner Kampagne angekündigt, zwei bis drei Millionen illegale Einwanderer abzuschieben und DACA zu beenden. Da Obama das Programm per Dekret erlassen hat, könnte Trump dies auch durch eine einfache Unterschrift widerrufen. Angelica Salas, Leiterin einer Menschenrechtsorganisation in Los Angeles, fürchtet, dass Trump an den jungen Migranten ein Exempel statuieren könnte: „Die Regierung hat all ihre Daten, ihre Fingerabdrücke, Trump kann die Dreamer sehr leicht finden.“ Salas rät anderen Migranten, vorsichtig mit einer Bewerbung zu sein – sie „sind jetzt möglicherweise besser geschützt, wenn sie keinen Kontakt zur Regierung haben“. kku

EUGENE GARCIA / DPA

Marsch von US-Migranten gegen Trump

Ukraine

Bank weg, Schulden weg

Bis zum vergangenen Sonntag war Ihor Kolomojskyj Eigentümer der größten Bank der Ukraine – und einer der reichsten Männer im Land. Mit Fernsehkanälen und Einfluss auf mehrere Parteien war er zugleich einer der mächtigsten Politiker. Am Sonntag aber beschloss das ukrainische Kabinett, Kolomojskyjs Geldhaus „PrivatBank“ zu verstaatlichen. Sofort übernahmen am Hauptsitz in Dnipro (ehemals Dnipropetrowsk) Vertreter des Finanzministeriums die Kontrolle. Gefordert hatte die Verstaatlichung die Zentralbank: Es drohe eine Insolvenz, PrivatBank fehlten umgerechnet 5,4 Milliarden Euro an Kapital. Der Grund sind riskante Geschäfte: Die Bank hat ihr Geld Unternehmen geliehen, die wiederum Kolomojskyj und seinem Miteigentümer nahestehen. Auf 97 Prozent schätzt Zentralbankchefin Walerija Hontarewa den Anteil solcher virtuellen Forderungen. Das Problem war in Finanzkreisen bekannt. Nur war PrivatBank zu groß und Kolomojskyj zu mächtig, als dass man es hätte lösen können. Die Hälfte des Zahlungsverkehrs der Ukraine läuft über das Haus, jeder zweite Ukrainer ist Kunde. Bankrott oder Schließung kamen nicht infrage. Mit der Verstaatlichung hat Präsident Petro Poroschenko zweierlei erreicht. Dem IWF kann er einen Fortschritt bei der Sanierung des Bankensektors präsentieren, ohne den es wohl keine weiteren Hilfsgelder gäbe. Und den Wählern zeigt er, dass sich seine Regierung nicht fürchtet, einem Oligarchen die größte Bank wegzunehmen. Allerdings kann Kolomojskyj sich freuen, dass nun der Steuerzahler für seine Schulden einspringt. esc

MICHAIL PALINCHAK / AFP

Poroschenko, Kolomojskyj 2015

Fußnote

2000

Haushalte in der kubanischen Hauptstadt Havanna sollen in einem zweimonatigen Pilotprojekt mit Internetanschlüssen ausgestattet werden. Bislang waren private Zugänge auf der Insel nur Ärzten, Journalisten und Akademikern erlaubt. Die kubanische Regierung hatte vor Kurzem ein Abkommen mit Google geschlossen, die Firma soll die Internetversorgung verbessern.